

nung nehmen, wie er zum Beispiel seit Kai-Uwe von Hassels Zeiten den Verteidigungsministern zugute kommt: Dem jeweiligen Bundeswehrchef steht seit 1964 auf der Bonner Hardthöhe ein komfortabler Bungalow zur Verfügung.

Obwohl SPD-Kanzler Willy Brandt und FDP-Vizekanzler Walter Scheel die Pläne der Kommission schon abgesegnet haben und auch der zuständige Innenminister Hans-Dietrich Genscher am letzten Freitag im Gespräch mit Schmitt-Vockenhausen sein Einverständnis gab, ist die Pensionsreform noch nicht über alle Hürden.

So spürte der SPD-Obmann am letzten Montag im Fraktionsvorstand deutlich Widerstand von den sozialdemokratischen Beamten-Parlamentariern, die sich gegen den Abbau ihrer Vorrechte sträuben. HSV ärgerte sich: „Es gibt keine Partei, in der einer dem anderen mehr die Knöpfe vorrechnet als die SPD.“

Und auch Unionsmann Wagner, dessen CDU/CSU die meisten unversorgten Exminister stellt, stieß auf Opposition: „Bei uns gibt es Leute, die nicht mit allem einverstanden sind.“

Der härteste Widerstand freilich kommt von einem unversorgten Sozialdemokraten: Ex-Minister und SPD-Fraktionschef Herbert Wehner hat seine Genossen schon wissen lassen, daß „ich für meine Person dies nicht wünsche“.

Kanzleramtsminister Horst Ehmke gab den Genossen einen Tip, wie der widerborstige Wehner zu überlisten sei: „Das müßt ihr machen, wenn Onkel Herbert einmal krank ist.“

LUFTFAHRT-INDUSTRIE

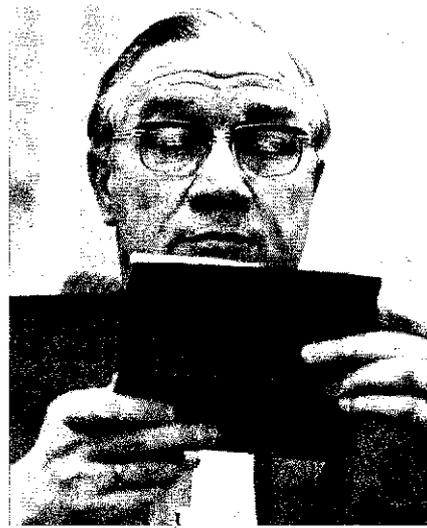
Mut zur Lücke

Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller suchte den Rat der Lobby — und 34 Industrievertreter reisten am Donnerstag letzter Woche nach Bonn, um dem SPD-Professor beizustehen. Im verstaubten Rheinhotel Dreessen berieten die Experten aus Flugzeugwerken und Motorenfabriken, Elektroindustrie und Leichtmetallschmieden, wie sie Karl Schiller für einen Streit im Kabinett munitionieren könnten.

Schillers Haushalt ist von Streichungen bedroht, seit Wissenschaftsminister Hans Leussink in einer Sitzung des Finanzkabinetts am 17. Februar wegen der Bonner Finanznöte der Regierung „Mut zur Lücke“ empfohlen hatte. Sein Bildungsprogramm erfordere Staatsausgaben in Milliardenhöhe, so daß einzelne Subventionen unter Umständen auch dann zu streichen seien, wenn sie wissenschaftlichem und technologischem Fortschritt dienen sollten.

Im Haushalt 1970 wurden zivile Projekte der Luftfahrtindustrie mit 190 Millionen Mark aus der Bundeskasse gefördert. Das Verteidigungsministerium gibt für seinen fliegenden Fuhrpark im Jahr mehr als zwei Milliarden aus. Darüber hinaus will Bonn

für den geplanten Kurzstrecken-Jumbo „Airbus“ neben dem auf mehrere Jahre verteilten Zuschuß für die Entwicklungskosten von 795 Millionen Mark eine Bürgschaft von 2,3 Milliarden Mark geben. Fallen die Bonner Finanzhilfen weg, dann steht der von



Wissenschaftsminister Leussink
Angriff auf Subventionen

Staatsaufträgen abhängigen Luftfahrtindustrie die Pleite bevor.

Denn seit einiger Zeit werden in Westdeutschland keine „Starfighter“ mehr gebaut. Der Kampfhubschrauber „CH-53G“, der Militärtransporter „Transall“, der Hansa-Jet „HFB 320“ und das Fracht- und Zubringerflugzeug „Sky servant“ lasten die Industrie nicht aus.

Um Leussinks Anschlag abzuwehren, bereitet Schillers Luftfahrtexperte Harro Reichardt ein Memorandum vor, das den „Befruchtungsnachweis“ (Reichardt) der Luftfahrtindustrie für die gesamte Volkswirtschaft liefern soll. Die zu seiner Unterstützung vom Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie entsandten 34 Experten wußten Rat: Horst Schützendübel von der Heidelberger Firma Teldix berichtete, das neue Anti-Blockier-Bremssystem, das Teldix gemeinsam mit Daimler-Benz entwickelt habe, sei unmittelbares „fall out“ der Beteiligung an der Produktion des Starfighter F-104 G. Auch Ortungsgeräte für den Bergbau und ein neues Abstand-Warnsystem für Autofahrer seien Abfall-Produkte der Luftfahrt-Technologie.

Emissäre der Münchner Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Gruppe nannten die geplanten „Hochleistungsschnellbahnen nach dem Magnet-Schwebeverfahren“ als Nebenprodukt der Luftfahrtindustrie.

Noch in dieser Woche will die Luftfahrt-Lobby ihre Argumente-Sammlung dem Bonner Wirtschaftsministerium zustellen. Ende März wird Reichardt seinem Dienstherrn Schiller ein ausführliches Memorandum vorlegen, das die Bedeutung der nationalen Flugzeugindustrie für die Technologie und ihre Ausstrahlung auf die übrige

Wirtschaft gegen jeden Leussink-Zweifel absichern soll.

Die Lobbyisten rechnen damit, daß sich Schiller und sein Reichardt durchsetzen. Verbandsgeschäftsführer Herbert Schneider, CDU-Abgeordneter in Bonn: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Regierung, die bislang die Luftfahrtindustrie für wichtig hielt, um 180 Grad kehrt macht.“ Und Franz Josef Strauß, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Airbus GmbH, ist seiner Sache sicher: „Ich habe keine Sorge, denn beim Airbus ist die Regierung im Wort.“

BILDUNGSPLANUNG

Auf die Schnelle

Hannovers Kultusminister Peter von Oertzen (SPD) trotzte, der Bund könne die Niedersachsen „nicht hindern zu tun, was wir für richtig halten“.

Oertzens Stuttgarter Kollege Wilhelm Hahn (CDU) rügte die „verengte Sicht“ zu Bonn, „wo man den Hochschulen ohnehin nicht so nahe steht wie die Regierungen der Länder“.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft räsionierte: Die Pädagogen „sien es leid, in Festansprachen mit herrlichen Plänen für das Jahr 2000 bedacht zu werden, während die bildungspolitischen Maßnahmen am vorigen Jahrhundert orientiert blieben“.

Und Hans Maier, Kultuschef im CSU-regierten Bayern und Präsident der Kultusministerkonferenz, prophezeite: „Auch künftig werden die Fronten hart aufeinanderprallen.“

Tadel rechter wie linker Bildungspolitiker häuft sich derzeit auf das einzige parteilose Mitglied im Bonner Kabinett, den Karlsruher Tunnelbau-Professor Hans Leussink, der vor anderthalb Jahren Bundesminister für Bildung und Wissenschaft wurde und seit letzten Juni auch der gemeinsamen Bildungsplanungskommission von Bund und Ländern vorsteht.

Leussink soll, so beschreibt er sein Dilemma selber, „auf die Schnelle Reformen einleiten, die schon vor fünf

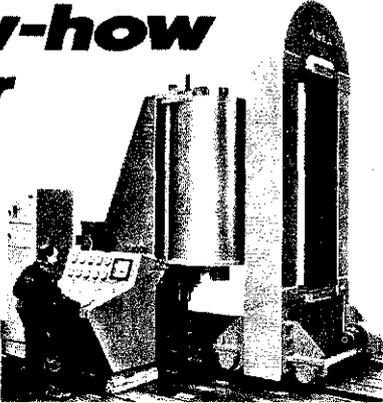


Darmstädter Studentenzeitung

„Machen Sie sich mal keine Sorgen, Herr Leussink, wir sind gerade bei einer ganz neuen Versuchsserie zur Finanzierung unserer Universität.“

ASEA-Isostatpressen: Das ist Sicherheit und know-how in der

Hochdruck Technik!



In den Kalt- und Heiß-Isostatpressen der ASEA finden Sie die Erfahrung und das Wissen eines Unternehmens, das sich seit Jahrzehnten mit der Konstruktion und Entwicklung von Ultrahochdruckpressen und Ultrahochdruck-Behältern beschäftigt. (Im Hochdruck-Forschungslaboratorium der ASEA wurden die ersten synthetischen Industrie-Diamanten der Welt hergestellt!)

Bei den ASEA-Isostatpressen gibt es keine konstruktiv schwachen Stellen — Schraub- oder Bajonettverschlüsse, sondern flache Deckel, die von einem vorgespannten drahtgewickelten Verschlußrahmen gehalten werden. Die HD-Gefäße werden ebenfalls in Drahtwickel-Technik hergestellt. ASEA-Isostatpressen sind eine sichere Entscheidung. Die Welt vertraut ASEA — auch in der Hochdruck-Technik.

ASEA

Für den Spezialisten:

Unser Lieferprogramm für Industrie und Forschung umfaßt Kalt-Isostatpressen in den Ausführungen:
Kammer-Innendurchmesser: bis 1400 mm
Kammer-Innenhöhe: bis 3150 mm
Druck: bis 6300 kp/cm²

Für Heiß-Isostatpressen gelten die folgenden Daten:

Kammer-Innendurchmesser: bis 1290 mm
Kammer-Innenhöhe: bis 2550 mm
Temperaturen: bis 1450 °C
(in Spezialanlagen bis 1750 °C)

Fragen Sie bitte nach unseren Erfahrungen auf den Gebieten der Isostat-Produktion von Hartmetall, SS-Stahl, Keramik u. a. Wir bieten Ihnen Testmöglichkeiten im ASEA-Hochdrucklabor.

Sie wünschen weitere Informationen?

Bitte rufen Sie an oder schreiben Sie uns.

ASEA Elektrizitäts GmbH

636 Friedberg/Hessen,
Frankfurter Straße 31 A
Telefon 06031/31 21
Telex 04 15936

4 Düsseldorf-Oberkassel
Barmer Straße 18
Telefon 0211/ 571081
Telex 08587756

2 Hamburg 63
Am Hehsel 42
Telefon 0411/ 5045 21
Telex 0211220

Jahren fällig waren, die aber noch immer umstritten sind". Und wie zutreffend diese Sicht ist, erwies sich letzte Woche in Bonn: Am Montag, auf einer Sitzung der Bildungsplanungskommission, mochten die christdemokratischen Kultusminister seinem Wunsch nach Einführung der integrierten Gesamtschule nicht folgen; am Freitag übten Studenten, Assistenten und Rektoren auf einem Hearing des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft Kritik an Leussinks Entwurf zum Hochschulrahmengesetz.

Den Akademikern mißfällt, daß der Minister den Studenten Mitbestimmungsrechte in Forschungsfragen vorenthalten will. Auch Oertzen und andere linke SPD-Genossen opponieren gegen diesen Paragraphen. Die Universitätsvertreter befürchten zudem, daß der Staat in einem engmaschigen Netz von Aufsichtsbefugnissen, Hochschulentwicklungsplänen und Bedarfsstatistiken und durch bevorzugte Förderung des Hochschullehrernachwuchses in bestimmten Fächern die Autonomie der Hochschulen beschneiden könnte.

Bedrängt von der Alma mater, die mehr Selbstbestimmung fordert, und befehdet von christdemokratischen Bildungsbürgern, die Herkömmliches bewahren wollen, sucht Leussink einen mittleren Kurs zu steuern — der dem Staat mehr Planungsbefugnisse einräumt, das Bildungswesen aber zugleich effektiver und demokratischer gestalten soll.

So sieht der Gesamtbildungsplan der Bund-Länder-Kommission nach einer Mehrheitsentscheidung der Sozialdemokraten die Einrichtung von Gesamtschulen und Gesamthochschulen vor. In den achtziger Jahren soll es keine gesonderten Gymnasien, Realschulen, Hauptschulen und Fachoberschulen mehr geben, sondern nur noch ein übergreifendes Schulmodell, das auch die Berufsausbildung einbezieht. Im Universitätsbereich sollen die Hochschulen alten Typs mit Akademien und Fachhochschulen verschmolzen werden.

Diese Ausbildungsmodelle werden nach dem Willen der Planer durch Anbausysteme den Weg zur totalen Bildung frei machen: Bis 1980 sollen für 70 Prozent aller Drei- und Vierjährigen Vorschulplätze bereitstehen, zugleich soll das zehnte Schuljahr obligatorisch sein. Und um den Bildungswillen auch der Erwachsenen zu stärken, möchte die Kommission schon demnächst „rund zehn Prozent der Arbeitnehmer einen Anspruch auf bezahlte Freistellung“ zum Bildungsurlaub (bis zu zwei Wochen) verschaffen.

Auf welche Weise freilich die attraktiven Angebote des Bonner Bildungskatalogs Gebrauchsgut werden sollen, ist vorerst ungeplant. Der stellvertretende Geschäftsführer der Bildungsplanungskommission, der Ministerialdirigent Matthias Heister, warnt denn auch davor, die „Erwartungen zu hoch zu stecken“. Mitglieder des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, wie der Göttinger SPD-Abgeordnete Dr. Günter

Wichert, halten das Kompendium gar für „dilettantisch“; „das Ganze“ sei „ein Werk drittklassiger Bürokraten“.

Die Kritiker tadeln, daß in dem Planungsentwurf die Abfolge der einzelnen Reformschritte nicht detailliert aufgeführt ist. Sie monieren, daß zwar Studienzeitbegrenzungen (etwa drei Jahre für Ingenieure, Rechtspfleger und Mathematiker) vorgeschlagen werden, sich aber bislang kaum jemand Gedanken darüber gemacht hat, was in dem Sechs-Semester-Zeitraum gelehrt und gelernt werden soll.

Wenig bedacht scheint auch die Kommissionsempfehlung, Grundschullehrer in der Vorschulerziehung einzusetzen: Der Lehrermangel an den Schulen würde noch zunehmen. Und wenn 1975 zehn Prozent der Schüler an Ganztagschulen unterrichtet werden sollen, wie die Planer möchten, dann



Bayrischer Kultusminister Maier
„Auch künftig harte Fronten“

müßten die Bauvorhaben schon heute ausgeschrieben werden.

Auch die Finanzierung des anspruchsvollen Bildungsprogramms ist nicht hinreichend gesichert. In vier Jahren würden rund 50 Milliarden Mark gebraucht, davon allein 34 Milliarden für die Schulen und 14 Milliarden für die Hochschulen. Die Länder können ihren Anteil an der Gesamtsumme kaum aufbringen, wenn ihnen Bonn nicht höhere Steuereinnahmen zugesteht. In der Bundesregierung, die heute rund 17 Prozent der gesamten Bildungs- und Wissenschaftsausgaben trägt, ist jedoch nach dem Eindruck des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, SPD-Professor Ulrich Lohmar, „die Konjunktur für die Bildung auch schon abgeflaut“.

Im Finanzplanungsrat der Bonner Koalition muß die Bildung, die Bundeskanzler Willy Brandt einst „an die Spitze der Reformen“ stellte, jetzt mit dem Programm für Umweltschutz und Georg Lebers Verkehrsplänen konkurrieren. Leussinks Staatssekretär Klaus von Dohnanyi fragt denn auch zweifelnd, „wie groß schließlich der Korridor ist, der für die Bildung übrigbleibt“.

Ein guter Start in die 70er Jahre.

Die Geschäftsentwicklung der HLB 1970

Die positive Entwicklung der Hessischen Landesbank hat sich auch im Berichtsjahr 1970 fortgesetzt. Die Bilanzsumme überstieg diesmal die 20-Milliarden-Grenze. Damit kann die Hessische Landesbank eine Vervierfachung der Bilanzsumme innerhalb von 10 Jahren verzeichnen. (Bilanzsumme 1960: 5,1 Milliarden DM).

Es sind gestiegen:

- ★ Bilanzsumme (einschließlich Treuhandgeschäft)
von 18.765 Mio. DM
auf 21.744 Mio. DM
+ 15,9 v. H.
- ★ Kurzfristige Kredite (an Kunden)
von 1.080 Mio. DM
auf 2.082 Mio. DM
+ 92,8 v. H.
- ★ Mittel- und langfristige Ausleihungen (an Kunden)
von 5.761 Mio. DM
auf 7.468 Mio. DM
+ 29,6 v. H.
- ★ Wohnungsbau- und Siedlungskredite (Treuhandgeschäft)
von 4.460 Mio. DM
auf 4.651 Mio. DM
+ 4,3 v. H.
- ★ Kurzfristige Verbindlichkeiten
von 5.888 Mio. DM
auf 6.280 Mio. DM
+ 6,7 v. H.
- ★ Langfristige Verbindlichkeiten
von 1.482 Mio. DM
auf 1.902 Mio. DM
+ 28,3 v. H.
- ★ Begebene Schuldverschreibungen
von 4.813 Mio. DM
auf 6.351 Mio. DM
+ 32,0 v. H.

Wir danken unseren Geschäftspartnern, unseren Gewährträgern und den Freunden unseres Hauses für ihr Vertrauen in unser Institut. Ziel unserer Geschäftspolitik wird es auch künftig sein, unsere Leistungsfähigkeit und Kapazität weiter zu steigern.



HESSISCHE LANDESBANK

Zentralinstitut der hessischen Sparkassen
6 Frankfurt/Main, Junghofstraße 18-26, Goethestraße 19 und
Flughafen Rhein-Main.
Niederlassungen in: Darmstadt, Kassel (Landesreditkasse), Wiesbaden.

Unsere vollständige Bilanz schicken wir Ihnen gern zu. Sie wird auch im Staatsanzeiger für das Land Hessen und im Bundesanzeiger veröffentlicht.